BRUCHSTELLEN

ABC

Monatliches Infoblatt des Anarchist Black Cross Wien | *Nummer 18/ Jahr 2* | *Wien, Oktober/November 2015*

Editorial

Bruchstellen ist der monatliche Newsletter von Anarchist Black Cross Wien. Wir wollen damit den Infos, die uns jedes Monat überschwemmen, einen passenden Rahmen zur Veröffentlichung bieten. Darunter werden sich Neuigkeiten zur Repression gegen Anarchist_Innen und anarchistischer Gefangener rund um die Welt befinden. Wir wollen außerdem an den großen und kleineren Geschehnissen in Österreich dranbleiben. Das bedeutet, dass wir aktuelle Informationen zu Repression, Gefängnisneubauprojekten, Delinquenz und Widerständigkeit in den Gefängnissen (Akte der Rebellion, Ausbrüche, etc...) sammeln werden. Bruchstellen wollen eine monatliche Ergänzung von aktuellen Geschehnissen, andauernden (sozialen) Kämpfen und Terminen sein. Damit halten wir unsere Zeitschrift Kassiber, dessen erste Ausgabe im Dezember 2012 erschienen ist, für eine stärkere Fokussierung auf inhaltliche und zeitlose Diskussionen und Texte frei. Das bedeutet nicht, dass die 'Bruchstellen' frei von inhaltlichen Diskussionen sein werden. Der Fokus liegt jedoch auf der Verbreitung von Beiträgen zu aktuellen Geschehnissen, um das Bewusstsein für die regionalen als auch internationalen Kämpfe gegen die Gefängnisgesellschaft zu stärken und diese in unserem Umfeld und über unsere Kanäle greifbarer und relevanter zu machen. Die Entwicklungen eigenständiger Projekte und Perspektiven, die uns bitter nötig erscheinen, ist einer der zentralen Punkte, der mit dieser Veröffentlichung in Zusammenhang steht. Gerne lassen wir uns auch eure Beiträge schicken und bieten damit eine Veröffentlichungsmöglichkeit in Papierform an.

Gegen die Knastgesellschaft ankämpfen! Für die soziale Revolte!

Hausdurchsuchung und Festnahmen im Anatolischen Kulturverein Wien

Solidarität mit den Freund_innen der Anatolischen Föderation gegen Verfolgung und Repression!

Weg mit den Terrorparagraphen - Stoppt die Kriminalisierung gegen migrantische - antifaschistische Vereine!

Am 13.10.15 vormittags fand im Anatolischen Kulturverein (antirassistischer/antifaschistischer Verein von Migrant_innen aus Türkei/Kurdistan) im 15. Wiener Gemeindebezirk eine Hausdurchsuchung von ca. 15 Zivilpolizisten statt.

Der Hausdurchsuchungsbefehl wurde von der Staatsanwaltschaft Wien mit dem Ablaufdatum 31.12.2015 ausgestellt.

Zeitgleich im Rahmen der Razzia wurde eine Person in Neunkirchen, eine Person in Innsbruck und 5 Personen in Wien festgenommen. Bei den Festnahmen wurde manchen mündlich angedroht, sie werden, wenn sie nicht kooperieren, wie Tas und Aslan ausgeliefert werden. Evin Timtik, Vorstandsmitglied, ist eine davon. Ihr wurde der Konventionspass seit März 2015 nicht mehr verlängert mit der Begründung, dass sie eine Gefährdung für die Innere und Äußere Sicherheit sei. Seit Wochen fordert sie vor dem Parlament die Wiedererlangung ihres Passes. Als sie am 13.10. ein Zelt für ihre Aktion anmelden wollte, wurde sie vor dem Gebäude der Landespolizeidirektion Wien von 3 Männern des Verfassungsschutzes festgenommen.

Am selben Tag wurden alle wieder freigelassen.

Bei der Hausdurchsuchung des anatolischen Vereinslokals in Wien wurden Festplatten, Handys, Spendenboxen, Rechnungen, Einzahlunsgbelege, DVD's, CD's, Transparente, Flugblätter mitgenommen.

Der Vorwand der Polizeiaktion ist der §282 a, Aufforderung zu und Gutheißung von terroristischen Straftaten.

Konkret, geht es auch um die 1.Mai-Demo 2015 in Wien, wo Personen, welche noch auszuforschen sind, Banner mit den Bildern der DHKP-C Aktivisten Bahtiyar Doğruyol und Şafak Yayla, die Anfang März 2015 den Staatsanwalt Mehmet Selim Kiraz in einem Istanbuler Gericht als Geisel genommen haben, getragen haben sollen. Und sie sollen nicht nur Banner getragen haben, sondern auch grüne Uniformen und rote Halstücher, welche als *DHKP – C – „Uniformen" interpretiert werden.

Auch geht es um eine Veranstaltung am 8.Mai im Anatolischen Kulturverein. Bei dieser Veranstaltung wurde über die oben erwähnte Aktion in Istanbul berichtet und es sollen dort auch Bilder von den ermordeten Aktivisten ausgestellt worden sein.

Weitere Vorwürfe ist das Vertreiben der Zeitung Yürüyüs, welche in Deutschland verboten ist und Bezugnahme auf die Internetseite Halkin Sesi TV.

Zur Erinnerung:
Der Staatsanwalt war zuständig für den Fall Berkin Elvan – Ein Jugendlicher, der durch eine Polizeikugel beim Brotkaufen auf der Straße im Istanbuler Stadtteil Gazi erschossen wurde, dessen namentlich bekannten Täter niemals verurteilt worden sind. Eine Forderung der DHKP-C Aktivist_innen an den Staatsanwalt war, die Veröffentlichung der Liste der Täter, die ihm bekannt war.

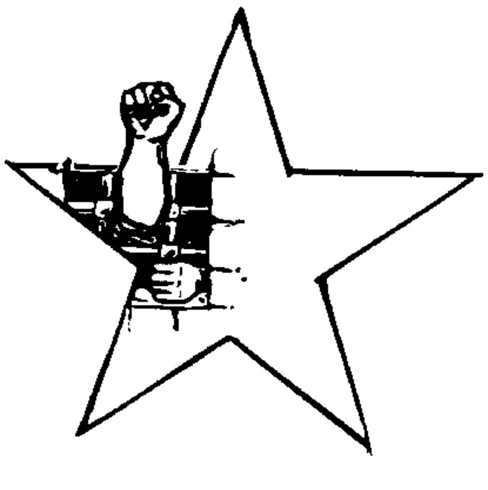
Ein Versuch mittels Terrorparagrafen die Anatolische Föderation – sowohl in Deutschland als in Österreich – in die Nähe der DHKP-C zu rücken. Wieder zur Erinnerung: Ein hier bekannter Repressionsschlag in diese Richtung waren auch die Ermittlungen und die aktuellen Verurteilungen in Stuttgart Stammheim beim so genannten DHKP-C - Prozess gegen fünf Mitglieder der Anatolischen Föderation. Bei dem Prozess wurden auch Yusuf Tas und Özgür Aslan, die von den österreichischen Behörden nach einem längeren Hungerstreik nach Deutschland ausgeliefert wurden, zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Zur Zeit gibt es Bestrebungen besonders von Merkel die Türkei als "sicheres Drittland" zu etablieren. Die Dringlichkeit der europäischen Interessen zeigt sich auch in den häufigen Besuchen von österreichischen und deutschen Innen- und Außenministern in Ankara. Wieder aufgenommen wird das bereits 2013 verhandelte Rücknahmeabkommen zwischen der EU und der Türkei. Demnach müsste die Türkei alle Flüchtlinge, die illegal über die Türkei in EU-Länder kommen, zurücknehmen. Im Gegenzug sollen türkische Staatsbürger_innen in EU-Ländern Visafreiheit und finanzielle Begünstigungen bekommen. Interessant ist auch der Zeitpunkt, es scheint, als ob es drum ginge, noch vor den im November stattfindenden Wahlen in der Türkei, Verhandlungen unter Dach und Riegel zu bringen! Obwohl innerhalb des Rücknahmeabkommens Kriegsflüchtlinge und politisch - Verfolgte nicht unter diese Vereinbarung fallen, kennen wir die mittlerweile gewordene Praxis, dass den Auslieferungsbegehren der Türkei an Deutschland, nachgekommen wird. Konkret handelte es sich um aus der Türkei geflüchteter Antifaschist_innen verschiedener Gruppierungen. Die AKP-Regierung führt neben der permanenten Repression gegen oppositionelle Gruppen einen offenen Krieg gegen die kurdische Bewegung.

Das EU-Parlament beschließt Summen in Milliardenhöhe und schickt polizeiliche und militärische Berater_innen in die Türkei und in benachbarte Kriegsgebiete mit dem beabsichtigten Ziel die Geflüchteten dort wegzusperren und so ein Weiterkommen nach Europa zu verhindern.

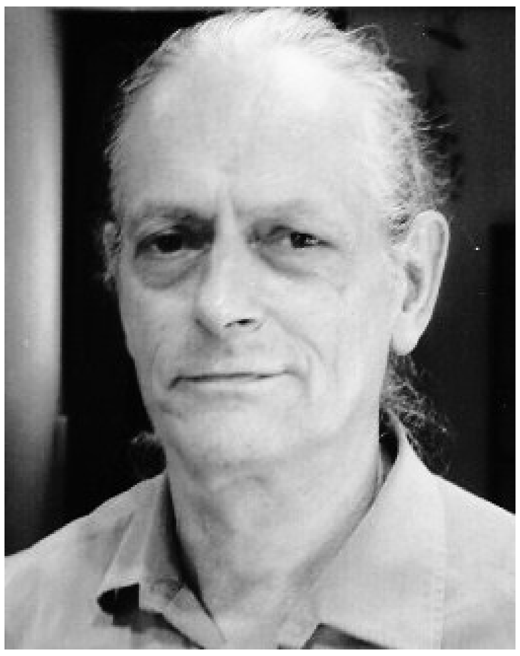
*Die DHKP-C ist in der Türkei verboten und steht auf der Liste der verbotenen Organisationen auch in Deutschland.

Organisierung und Kampf gegen Rassismus, Faschismus, Kapitalismus und Patriarchat!



[Schweiz] 28. September 2015: 7. Update Nichtfreilassung Marco Camenisch

Nach dem x-ten Wechsel des „Fallverantwortlichen" fand im Rahmen der „Vollzugskoordinationssitzung III" am 27. Juli 2015 die Anhörung des Unterzeichnenden statt. Anwesend waren: der „Fallverantwortliche" und eine Protokollführerin vom Amt für Justizvollzug (AJV) ZH; der Sozialarbeiter, seine Praktikantin und die Vollzugsverantwortliche (in etwa Vizedirektorin) vom Knast Bostadel; mein Anwalt. Ich nahm teil, weil meine Voraussetzungen, bzw. Vorschläge zu realen „Öffnungsschritten" abgesehen von den irren „ROS-Empfehlungen" des forensisch-psychiatrischen Dienstes des AJV soweit erfüllt schienen. Tatsächlich hatte das AJV den „halboffenen" Knast Saxerriet im Kanton Sankt Gallen angefragt, ob man mich für „Vollzugsöffnungen" aufnehmen wolle und mir wurde die Kopie der ± positiven Antwort vom Saxerriet präsentiert.



Substantieller Vorbehalt vom Saxerriet war die noch nicht stattgefundene Konsultation der „Fachkommission des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats" (FAKO). Es gibt in der CH deren vier bzw. eine für jedes der vier Strafvollzugskonkordate, die jeweils einige territorial zusammenhängende Kantone der CH vereinen. Die „FAKOs" wurden in den letzten Jahrzehnten im Zuge der massiven Justiz- und Justizvollzugsverschärfungen eingeführt und sind aus KnastdirektorInnen, StaatsanwältInnen, PsychiaterInnen, PsychologInnen usw. zusammengesetzt. Sie tagen periodisch zur Beurteilung der von den AJVs vorgesehenen „Vollzugsöffnungen" und „bedingten Entlassungen" für Gefangene mit dem Stigma der „Gemeingefährlichkeit" und geben dann ihre „Empfehlungen" heraus, die oft und gerne negativ ausfallen und, obwohl nicht verbindlich, von den AJVs meistens befolgt werden.

Besagte FAKO sollte Anfang Oktober 2015 tagen um dann vielleicht schon im selben Monat ihre „Empfehlungen" mitzuteilen.

Mit Schreiben vom 24. August ersucht das AJV-ZH nun die FAKO um „…Stellungnahme zur Frage, ob beim obengenannten Insassen die anlässlich der Vollzugskoordinationssitzung III vom 27. Juli 2015 in Aussicht genommenen Vollzugsöffnungen

- Versetzung in die geschlossene Übergangsabteilung der Strafanstalt Saxerriet
- Übertritt auf die offene Abteilung der Strafanstalt Saxerriet
- Aus der offenen Abteilung der Strafanstalt Saxerriet: – mehrere begleitete Beziehungsurlaube – unbegleitete Beziehungsurlaube
- Arbeitsexternat
- Wohn- und Arbeitsexternat
- Bedingte Entlassung (1. Quartal 2018) (!!!) aus ihrer Sicht unter dem Aspekt der Gemeingefährlichkeit vertretbar sind.

Dabei sind die begleiteten und unbegleiteten Beziehungsurlaube an die nachstehenden Auflagen zu knüpfen:

- Vorgängige Einreichung und Einhaltung eines detaillierten Urlaubsprogramms;
- Ständige Begleitung durch Personal der Strafanstalt Saxerriet (begleitete Beziehungsurlaube);
- Verfassen eines Urlaubsberichts durch Marco Camenisch;
- Drogen- und Alkoholkonsumverbot (inkl. Cannabis), dessen Einhaltung von der Strafanstalt Saxerriet mittels geeigneter Kontrollen zu überprüfen ist;
- Einhaltung eines Waffenerwerbs-, Waffenbesitz-, Waffentrag- und Waffenmitführverbots (sic!!!)

Während der Probezeit nach der bedingten Entlassung aus dem Strafvollzug ist die Anordnung von Bewährungshilfe sowie folgender Weisungen beabsichtigt:

- Drogenkonsumverbot (inkl. Cannabis), dessen Einhaltung von der Bewährungshilfe des Straf- und Massnahmevollzugs 3 mittels geeigneter Kontrollen zu überprüfen ist;
- Teilnahme an regelmässigen Gesprächen mit der Bewährungshilfe des Straf- und Massnahmevollzugs 3;
- Einhaltung eines Waffenerwerbs-, Waffenbesitz-, Waffentrag- und Waffenmitführverbots (!!!)…"

Man bemerke die inakzeptable Absicht einer bedingten Entlassung von lächerlichen 4 Monaten mit einer unbestimmten „Probezeit" mit „Weisungen", die bis drei Jahre lang verfügt werden kann. Somit laufe ich Gefahr, nach dem Strafende weitere 2 Jahre und 8 Monate unter solchen „Weisungen" leben zu müssen und im Falle einer „Nichteinhaltung" jederzeit erneut verhaftet zu werden, um die letzten vier Monate im Knast abzusitzen. Gegen eine bedingte „Freilassung" gibt es keine Rechtsmittel aber vielleicht gegen Probezeiten und Weisungen. Möglicherweise muss ich nun meine Zustimmung für „Vollzugsöffnungen" zurückziehen oder dann, im Falle einer „bedingten Freilassung" 4 Monate vor Strafende, die beiden ersten „Weisungen" (Cannabisverbot…, „regelmässige Gespräche mit…") unverzüglich „nicht befolgen" um diese letzten 4 Monate bzw. die gesamte Strafe abzusitzen, worauf keine „Probezeit" mit den entsprechenden Schikanen und Tänzchen („Weisungen") mehr möglich wäre.

Sicher ist also zur Zeit nur: eine evtl. Versetzung nach Saxerriet könnte an einem unbestimmten Zeitpunkt erst nach der „Antwort" der FAKO erfolgen; der „Fallverantwortliche" hat nichts von den widerlichen „ROS-Empfehlungen" angedeutet; für evtl. Beziehungsurlaube hat er eine Adressliste zur (nicht näher definierten) polizeilichen Überprüfung angefordert.

Dies, und wenn im Protokoll der Sitzung unter dem Titel „Legalprognose/ Risikoeinschätzung" einerseits „Es bestehen keine Anzeichen für erneute Delinquenz (im Sinne der Anlassdelikte) während der anstehenden Vollzugsöffnungen" steht, andererseits unter dem Untertitel „Zukunftsperspektiven/Zielsetzungen/Massnahmen" jedoch vage von einem „Monitoring deliktassoziierter Tätigkeiten während den anstehenden Vollzugsöffnungen" die Rede ist, lässt erahnen, dass sie die „ROS-Empfehlungen" am liebsten wieder durchs Fenster rein holen möchten.

marco camenisch, 28.09.2015, Knast Bostadel, Menzingen, CH

November 2015: Update „Vollzugslockerungen" Marco Camenisch

November 2015: Update „Vollzugslockerungen" In der letzten Oktoberwoche 2015 ist der Bericht der Fachkommission eingetroffen, wo erstaunlicherweise alle Punkte der vom AJV ZH vorgeschlagenen Vollzugslockerungsschritte befürwortet werden. Diese Befürwortung heisst auch, dass vor den Übergängen zu den verschiedenen Lockerungsstufen wie z.B. von den begleiteten zu den unbegleiteten Urlauben oder von den Letzten ins Arbeitsexternat die Fachkommission keine erneute Überprüfung ihrerseits fordert. Das ist insofern positiv, als das die entsprechenden Verzögerungen im Lockerungsverlauf entfallen und derselbe, wenn auch im vorgesehenen Rahmen, „flexibler" gestaltet werden könnte. Ende letzter Oktoberwoche fand auch eine weitere Anhörung mit dem „Fallverantwortlichen" statt, in der im Wesentlichen die Versetzung nach Saxerriet im Laufe dieses Monats bestätigt wurde. Infos/News werden weiter folgen.

marco camenisch, 01.11.2015, Knast Bostadel. Menzingen, CH

Erneute Repressionswelle gegen Anarchist_innen in Spanien

Ende Oktober 2015 kam es zu einer weiteren Repressionswelle gegen Anarchist_innen in Spanien. Nach den letzten beiden Schlägen der spanischen Cops gegen die anarchistische Bewegung, die unter den Namen 'Operation Pandora' bzw. 'Operation Piñata' bekannt geworden waren, ist dies ein weiterer Angriff gegen jene, die sich im Kampf für die Befreiung und der Unterstützung der Gefangenen befinden. Am 28. Oktober wurden neun Personen festgenommen und zehn Wohnungen bzw. politische Zentren durchsucht und zum Teil zerstört. Ein Großteil des Materials wie z.B. Computer, Telefone, Bücher und Notizhefte wurde mitgenommen. Ohne Zweifel ist dies ein weiterer Schlag des spanischen Staates gegen die anarchistische Bewegung – um Strukturen zu zerstören, einzuschüchtern und Menschen zu schikanieren, die sich mit den inhaftierten Gefährt_innen solidarisierten. Der Vorwurf lautet "Zugehörigkeit zu einer anarchistischen Terrorgruppe mit dem Namen GAC" (das steht für 'Koordinierte anarchistische Gruppen'). Um eine terroristische Organisation zu erschaffen, sind die von der katalanischen Polizei erbrachten Beweise die Benutzung des Mailservers riseup und der Besitz des Buches „Gegen die Demokratie". Dieser angeblichen terroristischen Gruppe wird eine Serie von Anschlägen vorgeworfen, was der Ausgangspunkt der Ermittlungen der letzten Operationen war (im November 2013 der Fall Mateo Morral, im Dezember 2014 die Operation Pandora und im März 2015 die Operation Piñata). Am 30. Oktober kamen fast alle Betroffenen, zum Teil auf Kaution, wieder aus dem Knast raus. Ein Gefährte, Enrique, wurde in U-Haft überstellt und sitzt immer noch. Seine Adresse findet ihr im Anschluss. Am selben Tag der Festnahmen wurde bekannt, dass die Untersuchungshaft für Mónica und Francisco verlängert wird. Sie befinden sich seit November 2013 in U-Haft. Ihnen wird vorgeworfen einen Bombenanschlag auf die Kirche Basílica del Pilar in Zaragoza begangen zu haben und zu GAC zu gehören. Seit ihrer Inhaftierung scheinen die Ermittlungen nicht weiter fortgeschritten zu sein und es gibt auch keine neuen Beweise. Nach ihrer nun mehr zweijährigen U-Haftzeit wurden sie am Dienstag, dem 27.11. dem Richter vorgeführt, der beschloss, die U-Haft zu verlängern, was sich auf weitere zwei Jahre belaufen kann. Die hier folgenden Texte wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten im November 2015 veröffentlicht. Der erste kurz nach den Verhaftungen vom 28. Oktober und der zweite Text ist eine Stellungnahme der Festgenommenen, die mittlerweile wieder draußen sind …

Zusammenfassung der Ereignisse vom 28.10.2015

Wie es der Zufall wollte, oder wahrscheinlich nur die spanischen Richter, am Tag nachdem zwei anarchistische GenossInnen aus Chile schon seit zwei Jahre in U-Haft in Spanien sitzen, wurden zum dritten Mal in Folge AnarchistInnen Ziel einer Repressionswelle. Seit Dezember 2014 fanden in Spanien drei Operationen des Staats gegen AnarchistInnen statt (Pandora, Pinata und jetzt vermutlich Pandora 2.0).

Vier wenn die Operation gegen die zwei GenossInnen aus Chile mitgerechnet wird. Eine Repressionswelle folgte bis jetzt der anderen und immer mit dem Vorwand, die Betroffenen standen in Verbindung mit einer anarchistischen Gruppe namens GAC (Grupos Anarquistas Coordinados - Koordinierte Anarchistische Gruppen). Diese Gruppe ist bis jetzt nur bekannt für die Veröffentlichung einiger Texte und eines Buches namens "Gegen die Demokratie". Nichts desto trotz macht die spanische Justiz diese Gruppe für eine Reihe von Anschlägen gegen italienische Banken die in den Jahren 2012 und 2013 stattfanden verantwortlich. Die Verbindung die viele der Betroffenen in den Operationen hatten, war dass sie Monica und Francisco (die beiden chilenischen GenossInnen) im Knast besuchten. Für die spanische Justiz eine ausreichende Last um Ziel von Repression zu werden.

Die spanischen Medien, sowie mittlerweile ein paar anarchistische Infoseiten, berichten über einen erneuten Schlag gegen AnarchistInnen in Barcelona und Manresa der heute stattfand. Bis jetzt ist die Rede von neun bis zehn AnarchistInnen die festgenommen seien (je nach Seite und Bericht) sowie die Durchsuchungen von mehreren Wohnungen (in den Bezirken von Gracia, Sant Andreu, el Clot und Sants) und mindestens zwei anarchistischen Zentren in den Bezirken von Sants und el Clot in Barcelona. Angeordnet von der Audiencia Nacional (Sondergerichtshof für die Bekämpfung von Terrorismus, Nachfolger vom frankistischen Tribunal de Orden Publico) und durchgeführt von der katalanischen Polizei Mossos d'Esquadra. Es steht fest, da dieses mal es wieder die katalanische Polizei war die diese Operation gegen AnarchistInnen durchgeführt hat, dass dieser Schlag im direkten Zusammenhang mit der Operation Pandora steht. Solche Dinge sind in Spanien nicht belanglos, da die unterschiedlichen Polizeieinheiten (staatliche, regionale, städtische...) unterschiedlichen Behörden unterstehen. In diesem Falle zeigt dies, dass die Bullen in Katalonien auf keinen Fall die Ermittlungen abgeschlossen hatten und diese sogar erweitert haben.

Im Dezember 2014 fand hauptsächlich in Barcelona ein Repressionsschlag gegen AnarchistInnen statt, der durch die Mossos d'Esquadra durchgeführt wurde. Vier Monate später wurde Anhand der Policia Nacional auch ein Schlag durchgeführt, Operation Pinata, dieses mal aber in mehreren Städten (Barcelona, Madrid, Palencia) in ganz Spanien. Dies konnte auch nur die Policia Nacional durchführen, denn sie hat Kompetenzen landesweit und die katalanische Polizei nur in Katalonien. Inwieweit die Verhafteten jetzt nach Madrid überstellt werden sollten, falls auf sie auch das Antiterrorismusgesetz angewendet wird, um dort fünf Tage lang verhört und gefoltert, vor dem Richter gestellt und danach in U-Haft interniert zu werden, ist noch unklar. Vor allem auch weil genauso wie in Pandora und Pinata die Polizei die Verhafteten nur bedingt die Maßnahmen des Antiterrorismusgesetztes angewendet wurden. In Spanien steht das Antiterrorgesetz üblicherweise im Vergleich zu was hier (in Deutschland) der Paragraph 129/a ist. Dies auf der formellen Ebene, aber die beiden unterscheiden sich stark. Weil das spanische Antiterrorgesetz viel repressiver ist und heutzutage mit der Erweiterung der Definition des Begriffes viel diffuser geworden ist. Zum Beispiel reicht es heutzutage in Spanien aus, jihadistische Internetseiten anzuschauen um auch mit diesem Gesetz festgenommen zu werden. Eine weitere Erweiterung ist auch, Terrorist ist derjenige der eine terroristische Handlung gemacht hat, sei er oder sie Mitglied einer terroristischen Gruppe oder nicht. Das heißt in Spanien kann im Gegensatz zu der Vergangenheit ein einzelner auch eine Terrorzelle sein. Es ist aus der Sicht des Staates viel unkonkreter was den Begriff des Terrorismus ausmacht, sodass vieles unter diesem Begriff fällt was früher nicht der Fall war. Dies betrifft auch die Verschärfung des Strafgesetzbuches in Verbindung mit den Urteilen die die Richter erlassen können. Zum Beispiel, nach dem im Jahre 1995 das Strafgesetzbuch in Spanien verändert wurde, wurde dieses im Jahre 2000 erweitert um die Aktionen der Kale Borroka (Straßenkampf auf Baskisch, gleichgesetzt als Terrorismus der auf einem niedrigen Niveau stattfindet) im Baskenland auch als Akte des Terrorismus. Dies bedeutet, dass seitdem im Baskenland Menschen für das Anzünden eines Containers wie für eine terroristische Tat verurteilt werden können. Dass für das werfen eines Mollis auch wenn dieser nur materiellen Schaden verursacht, dies als ein terroristischer Akt gesehen wird. Während für diese Taten im Rest von Spanien die Strafe eine Geldstrafe oder eine geringe Haftstrafe wäre, wurden im Baskenland dafür Menschen für etliche Jahre verurteilt und eingeknastet.

Doch diese verzerrte und banalisierte Anwendung davon was Terrorismus sei, wird langsam auch außerhalb des Baskenlandes angewendet. Mit der Ausrede dies seien notwendige Maßnahmen um den Jihadismus in Spanien zu bekämpfen, auch wenn sie auf weitere Bereiche, Gruppen oder Bewegungen ausgeweitet werden. Das politische Leben in Spanien beinhaltet seit jeher die Gefahr des Damoklesschwertes der Anwendung der Antiterrorgesetze auf einen selbst, einer Gruppe oder einer Bewegung. Auch wenn dies im Baskenland härter war, fanden Repression und Folterungen überall statt. Nicht nur auf Menschen die in bewaffneten Zusammenhängen oder Gruppen waren, sondern auch deren Umfeld (sei dieses politisch, familiär oder freundschaftlich) betroffen von Repression war. Dies ist nichts neues und auch für die anarchistische Bewegung nicht. Alle Jahre wieder wurden wir von Repression getroffen und etliche GenossInnen waren in Haft. Auch wenn einige dies wie es scheint vergessen haben.

All dies sollte gesagt werden, weil in den letzten Repressionsfällen in Spanien viel von der Ley Mordaza (Maulkorbgesetz) gesprochen wurde. Die Verschärfung des Demonstrationsrechtes in Spanien hat mit all diesen Fällen nichts zu tun. Politische Menschen werden unter dem Antiterrorgesetz festgenommen und gefoltert. Den Fokus von dem Antiterrorgesetz auf das neue Maulkorbgesetz zu richten, was einige Male gemacht worden ist, wäre fatal. Denn wie oben schon erwähnt, hinter dem Antiterrorgesetz in Spanien steht eine Strategie der Angst. Eine reale Angst die einigen das Leben während dem fünftägigen Verhör gekostet hat, bei vielen anderen unsichtbare Narben hinterlassen hat. Was die spanischen (und daher herrschenden) Behörden damit bezwecken ist es jede Form von Dissidenz zu bekämpfen. Wir werden daher auch sehen wie die neuen aufkommenden spanischen linken Parteien (wie Podemos) oder die separatistischen Kräfte (wie Junts pel Si oder CUP in Katalonien) darauf reagieren werden, denn auch sie würden Revolutionäre bekämpfen. Genau an einem Tag nach der Erklärung der katalanischen Bourgeoisie, die Hand in Hand mit katalanischen linksradikalen SeparatistInnen agieren, Katalonien von Spanien zu spalten, fand dieser Repressionsschlag durch die katalanische Polizei. Nicht das wir einem neuen und noch so linken Staat Glauben schenken würden, aber eins ist klar, die katalanischen Bullen arbeiten für den spanischen Staat und der bekämpft auch jene Kräfte die für den katalanischen Staat ein Problem sind.

Freiheit - für die Freilassung aller Gefangenen!
Für die Zerstörung jeglicher Form von Unterdrückung und Herrschaft!
Für die Anarchie!
Solidarische Grüße aus Berlin!

Solidaritätskundgebungen heute in ganz Spanien:
Gràcia: 20h. Pl. Diamant. Convocatoria unitaria de Barcelona
Girona. 12:30h. Davant la Generalitat
Madrid. 20h. Tirso de Molina
Manresa. 20h. Pl Sant DomènecqVe
Berga. 20h. Pl Sant Pere
Zaragoza. 20h. Pl España

Schreibt Enrique!
Enrique Costoya Allegue
CP Madrid V Soto del Real
Ctra M-609, km3,5 Módulo 15
28791 Soto del Real (Madrid)
Spain

Erklärung der im Rahmen der letzten Phase der Operación Pandora Festgenommenen, die sich momentan auf der Straße befinden

Am vergangenen Mittwoch, den 28. [Oktober], wurden wir zu neunt im Rahmen einer neuen anti-terroristischen Operation festgenommen, welche von der Abteilung Aufklärung der Mossos d'Esquadra mit Genehmigung des 3. Strafgerichts der spanischen Audiencia Nacional geleitet wurde. Nach der Hausdurchsuchung – dem Ausplündern unserer Wohnungen, wie auch des libertären Zentrums von Sants [cat. Ateneo Libertario de Sants], wurden wir zu verschiedenen Polizeiwachen im Umkreis von Barcelona gebracht, und am darauffolgenden Tag für unsere Verlegung nach Madrid dann an die Guardia Civil überstellt. Am Freitagmittag wurden wir dem Richter Juan Pablo Gonzalez Gonzalez vorgeführt, der für zwei von uns die Entlassung unter Auflagen, Haftverschonung gegen Kaution für sechs und Untersuchungshaft für den Gefährten, der sich momentan in Soto del Real befindet, anordnete.

Als Gesamtheit der Festgenommen, die sich zurzeit auf der Straße befinden, wollen wir gemeinsam einige Reflexionen und politische Positionen öffentlich machen:

Der zugrundlegende Tatvorwurf für die neun ist die „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung mit terroristischen Zielen". Konkret werfen Sie uns die Zugehörigkeit zur Vereinigung „GAC-FAI-FRI" vor, bei dem es sich, wie allgemein bekannt ist, um ein Konstrukt der Polizeibehörden handelt, eine Vereinigung von Initialen, in denen absichtlich und wohl kalkuliert Räume der Koordination zwischen Kollektiven (GAC) mit der „Unterschrift" vermischt werden, die auf internationalem Niveau einige Gruppen für Bekennerschreiben im Rahmen von Sabotageaktionen benutzen (FAI-FRI).

Das Konstrukt dieser Organisationsrahmens ermöglicht der Polizei alle Repressionsmittel anzuwenden, die die Anti-Terror-Apparatur bereithält: Ausnahmegerichte, größere Rechtsunsicherheit, wesentliche härtere Strafen für Gefährt_innen, die wegen der Begehung bestimmter Taten verurteilt werden, Festnahmen ohne richterlichen Beschluss, besondere Haftbedingungen, freundschaftliche und solidarische Beziehungen werden als Delikte aufgefasst, Medienhetze, soziale Stigmatisierung, etc. . Es bleibt zu sagen dass wir während des gesamten Prozesses der Festnahmen – von dem Moment an, in dem wir unsere Wohnungen eingerannt und ausgeplündert sahen bis wir zum Richter vorgeführt wurden – nie wirklich sicher gewusst haben, was sie uns vorwerfen.

Mit der Zusammenstellung der Initialen GAC-FAI-FRI haben sich die Ermittlungsbehörden ein Netz konstruiert, mit der sie potentiell alles abfischen können, was sich innerhalb des anarchistischen und anti-autoritären Umfeldes bewegt. Im Kontext mit diesem neuen Organisationsrahmens genügt es Teil ihrer schwarzen Liste zu werden, Diskussionsveranstaltungen mit vorzubereiten, an Treffen teilzunehmen, inhaftierte Gefährt_innen zu besuchen oder auch einfach nur in Kontakt mit einer Person zu stehen, die der Zugehörigkeit zu dieser Organisation verdächtigt wird. Es ist diese ungenaue und extensive Begriffsbestimmung, die der Strategie des Anti-Terrorismus ihre Stärke verleiht: Nach jeder Repressionswelle, machten sich alle diejenigen, die sich mit den Festgenommen solidarisch zeigten, selbst anfällig dafür als Mitglieder der Organisation betrachtet und dafür verhaftet zu werden, und so geht es nach und nach weiter.

Das Konzept der terroristischen Vereinigung ist dazu konzipiert, kontinuierlich ausgeweitet zu werden, vielleicht mit der Erwartung das der Moment kommen wird, an dem das als gefährlich angesehene Umfeld letztendlich isoliert und von der repressiven Dynamik erstickt wird, oder dass die Fähigkeit dieses Umfeldes politisch zu handeln so sehr verschmälert wird, dass es nicht mehr lohnenswert ist, weiterhin gegen es Schläge auszuführen. Die Tatsache dass diese neue Operation den eigenen Erklärungen der Mossos widerspricht (die bekanntgaben, dass die Sektion Barcelona der GAC-FAI-FRI bereits zerschlagen gewesen sei) überrascht uns nicht, weil die terroristische Vereinigung durch die Polizeiaktion selbst konstruiert, modifiziert und verstärkt wurde, und nicht andersherum. Der „Kampf gegen den Terrorismus" erschafft den Terrorismus, in der gleichen Weise wie das Gesetz die Straftat schafft.

Der Versuch die Existenz einer anarchistischen Terrororganisation zu etablieren erscheint dennoch als ein qualitativer Sprung in der Repressionsstrategie gegen die Kämpfe, ein Sprung, der von niemandem unbemerkt bleiben sollte und der eine tiefgehende Analyse innerhalb der Bewegung erfordert.

Wir betrachten die Innenverwaltung der Generalitat [cat.: Conselleria d'Interior de la Generalitat] und im Besonderen die Abteilung Aufklärung der Mossos de Esquadra [cat.: Comissaria General d'Informació del CME] als unmittelbar verantwortlich für diese jüngste repressive Aggression. Der Versuch, den Ball nach Draußen zu werfen, in dem die Mossos Ihre Rolle darauf beschränken wollten nur Befehle aus Madrid auszuführen, sind nur ein feiger und schäbiger Versuch die Verantwortung abzustreiten und ihre Verstrickung in diese Taten zu verschleiern, während sie die von der Audiencia Nacional gebilligte Operation vorangetrieben und bis ins letzte Detail geplant haben.

In diesem Sinne, seht wie die katalanische Regierung katalanische Jugendliche an Gericht, Gefängnisse und Repressionsorgane ausliefert, Nachfolger des spanischen Franquismus, dies liefert uns ein sehr genaues Bild was die reale Basis des sogenannten „Unabhängigkeitsprozesses" bildet und lässt den perversen Gehalt der diesen umgebenden Rhetorik von Befreiung deutlich werden. Die Wahrheit ist, dass seit geraumer Zeit die Regierung das katalanische anarchistische und anti-autoritäre Umfeld als zu bekämpfenden Feind ausgemacht hat, und das Verfahren Pandora hat keinen anderen Zweck, als sich diesem Ziel anzunähern. Sie geht gegen den Anarchismus nicht wegen dessen abstrakter Ideen vor, sondern für das, was er in der Praxis gewesen war, schon ist, und noch sein könnte: Eine Minderheit von Revolutionären, die nicht daran zweifelt, dass System und seine unterdrückenden und korrupten Fundamente herauszufordern, die diejenigen, die sie umgeben dazu ermutigen zu rebellieren, und die widersteht, sich von den Kanälen der politischen Integration verführen zu lassen, wie sie der demokratische und liberale Kapitalismus bietet.

Während der letzten Phase der Kämpfe, die aus der weltweiten Finanzkrise und Sparpolitiken, die alle Last der Anpassungsmaßnahmen auf den Rücken der Ausgebeuteten legten, hervorgingen, hat sich in Katalonien ein Feld der Antwort darauf aufgemacht, innerhalb dessen insbesondere die revolutionären Kräfte ein störendes Element für das neoliberale Projekt der katalanischen Regierung darstellten. Mit allen unseren Grenzen, Fehlern und Widersprüchen, haben wir während dieser letzten Jahre dafür gestritten, uns den Angriffen auf die Lebensbedingungen Aller (im Kontext der Lohnarbeit, des Wohnens, des Gesundheitssystems, etc.) entgegenzustellen; wir haben eine grundlegende Analyse der Krise verbreitet, die aufzeigt, dass das Problem nicht ein Teil des Systems ist, sondern das System an sich; wir haben Räume und Netzwerke geschaffen, um unsere Probleme und Bedürfnisse auf solidarische und unterstützende Weise zu lösen, bzw. zu befriedigen, selbstverwaltete Strukturen als Antwort auf die Institutionen und ihre paternalistischen und fürsorgenden Dynamiken; wir haben, an der Seite tausender anderer Menschen, die Streiks nach vorne gebracht, die die Stadt in der Verteidigung unserer Interessen als Arbeiter_innen entflammt haben; wir haben Barrikaden gegen die Räumung sozialer Stadtteilzentren errichtet; wir sind auf die Straße gegangen um gegen den Femizid anzugehen, um die Ausbeutung der Frauen in der Sphäre der Reproduktion sichtbar zu machen, wie auch die Arbeit der Priester, um die Abtreibungsgesetze zu missachten, die dazu dienen, unserer Körper und Leben zu kontrollieren; wir haben das Schweigen im Kontext der Polizeigewalt und –morde gebrochen, wir auch im Zusammenhang mit rassistischer Verfolgung, der Abschiebungsmaschinerie, den Abschiebeknästen [CIE], den Knästen, und, nicht zu vergessen, wir haben nicht unterlassen die letztlich Verantwortlichen für unsere Misere anzuklagen, die Staaten, die Arbeitgeber und die lokalen und internationalen Finanzeliten.

All Dieses ist, was wir sind, all Dieses beabsichtigen sie zu zerstören. Das politische Ziel dieser Repressionswellen ist kein anderes, als Angst und Hoffnungslosigkeit zu verbreiten, um einige befriedete soziale Bewegungen zurückzubehalten, unfähig sich zu widersetzen und mit den Spielregeln zu brechen, die die Herrschaft bereithält um sich selbst zu reproduzieren. Daher kommt die Repression gegen Anarchisten, Kommunisten, Independentisten, die Generalstreikenden des 29 März, die Angeklagten von Can Vies, die Angeklagten für die Aktion zur Belagerung des Parlaments… Das System versucht nicht unsere Schuld zu beweisen, sondern vielmehr seine Unschuld herauszustellen: Es möchte sich selbst die Absolution erteilen für den Weg des Delegitimierens, Isolierens und Neutralisierens all derjenigen, die es Anklagen und ihm die Stirn bieten.

Die solidarische Antwort auf unsere Festnahmen zeigt uns, dass unsere Feinde immer noch weit davon entfernt sind ihre Ziele zu erreichen. Wir möchten uns bedanken und begrüßen alle und jede einzelne der in diesen Tagen geäußerten Solidaritätsbekundungen. Die Demonstrationen, Kundgebungen, die Aktionen, die Gesten der Zuneigung und Unterstützung, die finanzielle Hilfe.. Die enorme Unterstützung die wir erhalten haben hat einen für uns nicht aufzurechnenden Wert, einen Wert, der mit großem Abstand die schlechte Behandlung ausgleicht, die diese gering erscheinen lässt, bis hin diese lächerlich zu machen. Wir glauben nicht an ihre Gesetze, und auch nicht an die Garantien, die diese uns bieten: Unsere einzige Verteidigung, unsere einzige Garantie ist die solidarische Antwort auf der Straße. Die massive Zurschaustellung der Unterstützung, die Ihr uns geboten habt, und die wir zuvor unseren während der vorausgegangenen Operationen gefangengenommenen Schwestern geboten haben, beweist das Scheitern der Strategie des Anti-Terrorismus darin uns über die Verbreitung von Angst zu isolieren.

Jetzt sind wir auf der Straße, aber nur unter Auflagen. Einer von uns, Quique, bleibt weiterhin im Gefängnis Soto de Real inhaftiert. Gerade deshalb darf die Solidarität nicht nur nicht nachlassen, sondern muss ausgeweitet werden. Wir rufen dazu auf den Kampf auf der Straße für seine Freilassung zu verstärken, dazu auf, dass alle und jede einzelne Gefährtin ihm mindestens ein Karte schickt und dazu mit Kraft alle Mobilisierungen zu unterstützen, die zu seiner Unterstützung geplant werden, genauso wie sehr aufmerksam den Informationen und Erklärungen derjenigen Kollektive, bei denen beteiligt sind: Acció Llibertària de Sants [Libertäre Aktion Sants] und Sindicato de Oficios Varios de la CNT-AIT de Barcelona [Berufsspartenübergreifende Gewerkschaftssektion der CNT-AIT von Barcelona].

Wir werden ihn niemals alleine lassen, nicht ihn, nicht Mónica, nicht Francisco, nicht den Rest der inhaftierten Gefährt_innen. Keine Verhaftungen, keine Prozesse, keine Knäste können unsere Bänder der Solidarität oder unsere politische Überzeugung zerstören. Für uns waren die dreckigen Zellen in denen wir die letzten Tage verbracht haben immer noch mit mehr Würde behaftete Orte, als die luxuriösen Büros von denen aus sie das Elend Aller verwalten.

Kein einziger Schritt zurück!
Der Kampf ist der einzige Weg!

Festgenommene der letzten Phase der Operación Pandora, die sich momentan auf der Straße befinden

Gegen alle Staaten und Grenzen!

Eine kleine Sammlung von Texten zur aktuellen Situation in & an den Rändern der Festung Europa

Die “Flüchtlingskrise”

aus der anarchistischen Straßenzeitung Fernweh, Nr. 16, Oktober 2015

Nachdem das Thema „Grexit“ nun erst mal vom Tisch und die Situation in Griechenland für die nach Einschaltquoten und Verkaufszahlen kreischenden Mediengeier somit uninteressant geworden ist wurde ein neues Thema auf den Plan gerufen, das täglich für Schlagzeilen sorgt. So werden wir seit geraumer Zeit von immer neuen Rekord-Ankunfts-Zahlen, Berichten über das x-te „Unglück“ mit dutzenden oder hunderten von Toten und rührigen Bildern vom „hellen Deutschland“ der Hilfsbereitschaft gegenüber denen vom „dunklen Deutschland“ der brennenden Asylunterkünfte bombardiert.

Für ein paar Wochen können jetzt die Medien den Hals gar nicht voll bekommen vom „Flüchtlingsproblem“, solange, bis die Politik auch dafür eine „Lösung“ gefunden hat, die zwar in keinster Weise die Probleme der Betroffenen löst oder deren Leid mindert, dafür aber die Schar aufgeregter Bürger soweit zufrieden stellt, dass sie das Interesse dafür, was mit flüchtenden Menschen in und um Deutschland bzw. Europa passiert, wieder verlieren. Dann geht alles wieder seinen gewohnten Gang: die, die sterben, tun es von weniger Kameras begleitet, Asylverfahren oder Sofort-Abschiebungen in „sichere Herkunftsländer“ – also Staaten, bei denen davon ausgegangen wird, dass von dort Flüchtende nicht von Krieg oder politischer Verfolgung bedroht sind, sondern „nur“ ein Leben am Existenzminimum fristen und deshalb in Zukunft direkt dorthin zurück geschoben werden sollen – zerstören weiter die Hoffnungen Tausender, aber wie bis vor Kurzem wieder ohne allzu große Beachtung zu finden.

Bis es aber soweit ist, vergeht kaum ein Abend, an dem nicht in mindestens drei Polit-Talkshows und Sondersendungen zum Thema Flüchtlinge eine Hand voll Politikern und selbsternannter Expert_innen in Anzug oder Kostümchen in gewählten Worten ihre jeweiligen Standpunkte gegenüberstellen, das ganze Spektakel meist garniert von einem_r nicht weniger adrett gekleideten Repräsentant_in dessen, was in ihrem Jargon „gut integrierte Immigranten“ genannt wird, also einer – vorzugsweise jungen – Person, die bereit ist, in perfektem Deutsch ihre dramatische Geschichte und perspektivlose Situation hier zu schildern, in der sie ohne gesicherten Aufenthaltsstatus nicht arbeiten zu dieser ach so schönen deutschen bzw. europäischen Gemeinschaft in dem Maße beitragen darf, in dem sie gerne würde. Und damit – gewollt oder ungewollt – an der Konstruktion des erwünschten Bildes von arbeits- und integrationswilligen Immigranten mitwirkt, die bereit dazu sind, entweder die Drecksarbeiten zu übernehmen, für die sich deutsche Abiturient_innen zu schade sind oder als hochqualifizierte ausländische Arbeitskräfte Führungspositionen in Wirtschaft und Forschung zu übernehmen. Dieses Bild wird auch von den Befürwortern einer gelockerten Asylpolitik und einer „Willkommenskultur“ kreiert, und dem Schreckensbild des arbeitsfaulen, kriminellen Ausländers, der sich auf Kosten des deutschen Steuerzahlers ein schönes Leben macht, gegenübergestellt. Die jeweiligen Chefideologen gelangen dabei lediglich zu unterschiedlichen Einschätzungen über den Nutzen des menschlichen Materials, das da zu Tausenden über die Grenzen kommt für den (Wirtschafts-) Standort Deutschland bzw. Europa. Sie verbindet aber die Fokussierung auf ebendiesen Nutzen und ein offener oder mal besser mal schlechter versteckter Nationalismus. Die einen schmücken sich nebenbei noch mit einer gehörigen Portion demokratischem Humanismus, und begründen ihr nationales Selbstbewusstsein auf der „Weltoffenheit“ ihrer sogenannten Wertegemeinschaft, die anderen wollen bereits an den EU-Außen- bzw. Binnengrenzen in „echte“ und „falsche“ Flüchtlinge unterteilen und fordern ein härteres Vorgehen gegen „Asylmissbrauch“ sowie das weitgehende Ersetzen des erbärmlichen „Taschengeldes“ durch „Sachleistungen“. Wieder andere, die Hassparolen skandieren und Feuer legen, werden dafür wegen der angewandten Brutalität, und ihrer undemokratischen Vorgehensweise kritisiert, die dem Ansehen Deutschlands in der Welt ernsthaft schaden könnte, nicht jedoch für den ihrem Handeln zu Grunde liegenden Nationalismus. Dieser wird allenfalls für das Ausmaß verurteilt, das er in Gewaltexzessen annimmt, die nicht durch eine höhere Instanz legitimiert sind, anderes, als in von Staaten geführten Kriege oder durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, vor denen Millionen die Flucht ergreifen und für die in einer globalisierten Welt die deutsche Wirtschaft und Politik maßgeblich mitverantwortlich sind.

Für eben diese Wirtschaft und Politik sind die Geflüchteten aus der liberal-demokratischen Sichtweise der bürgerlichen Mehrheit auch dann noch nützlich, wenn sie eines Tages in ihre Herkunftsländer zurückkehren, in dem sie mit ihren hier erworbenen Qualifikationen, ihren hier geknüpften wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Beziehungen und ihren hier geprägten Wertvorstellungen den Einfluss Deutschlands und Europas in diesen Ländern stärken.

Nützlich ist, auf einer ideologischen Ebene, auch die aktuelle Inszenierung von – oft institutionalisierter – Hilfsbereitschaft als ein weiterer der einheitsstiftenden Momente für das nationale Gefüge, die gerade bei jeder Gelegenheit gesucht werden um über die klaffenden Gegensätze innerhalb der Gesellschaft hinweg zu trügen und die demokratische Mentalität wieder zu stärken.

„Wir“ als Fußballweltmeister.
„Wir“ gegen den Terrorismus.
„Wir“ als starke Nation in der Griechenland-Krise
„Wir“ gegen das Schlepperwesen.
„Wir“ sind auch dem Flüchtlingsproblem gewachsen.

Angela Merkel, die mit ihrem „Wir-schaffen-das-wir-sind-ein-starkes-Land“- Geschwafel absurder Weise zu so was wie einer Heiligen für viele Flüchtlinge geworden zu sein scheint, hat ganz sicher nicht plötzlich ihr großes Herz entdeckt sondern wittert neue Chancen für einen wirtschaftlichen Aufschwung und dafür, das Gefühl nationalen Zusammenhalts zu stärken. Gleichzeitig werden wieder Grenzkontrollen durchgeführt, sollen „Transitzonen“ eingerichtet werden und wird versucht, mit allerlei diplomatischen Spitzfindigkeiten die Regierungen der Bundesländer und anderer (EU-) Staaten auf Kurs zu bringen um eine „gerechtere Verteilung“ – sowohl innerhalb Deutschlands bzw. der EU als auch an den EU-Außengrenzen wie z.B. durch das jetzt geplante Abkommen mit der Türkei – zu erreichen und so keinen Stabilitätsverlust zu riskieren. Dabei werden wie immer auch gerne Kompromisse mit offiziell geächteten Regimes gemacht, die im Zweifelsfall dann die unschönen aber effizienten Methoden zur „Regulierung“ der Einwanderung anwenden, mit denen sich die hochgelobten Demokratien nur ungern in Verbindung gebracht sehen.

Bei dem Gezanke von links und rechts über die angemessen Methoden und das richtige Maß dieser Regulierung spielen die Konsequenzen von Politik und Wirtschaft, von Schlepperwesen, Grenzregimes und Verfolgung durch staatliche Behörden für diejenigen, die sie täglich am eigenen Leib zu spüren bekommen, nur dann eine Rolle, wenn sie irgendjemandes Standpunkt untermauern. Zwar werden, wenn es wieder einmal Tote gibt, wie neulich die 71 Menschen in einem Kühllaster auf der Autobahn von Ungarn nach Wien, dicke Krokodilstränen vergossen, parlamentarische Schweigeminuten gehalten und Betroffenheit simuliert.

Aber egal wie sich die „Lösung“, die für die aktuelle „Eskalation“ der „Flüchtlingskriese“ gefunden wird, präsentiert, steht bereits jetzt fest, was mit denen passiert, die nicht bereit sind, sich zu integrieren, sich ausbeuten zu lassen unter sklavereiähnlichen Bedingungen oder zu Führungskräften in den Unternehmen zu werden, durch die anderswo Menschen zur Flucht getrieben werden.

Mit denjenigen, die Angela Merkel nicht als Schutzpatronin begreifen, sondern als eine derer, die für die unwürdigen Überlebensbedingungen hier so wie dort, von wo aus sie geflohen sind, verantwortlich sind, und durch den Erhalt von Grenzen und der bestehenden Verhältnisse, die überall so viel Leid verursachen, ihre Macht erlangen.

Was also mit denjenigen passiert, die für uns zu Kampfgefährt_innen werden könnten gegen diese uns gemeinsam unterdrückenden Verhältnisse, gegen Grenzen, Staaten, Politiker und die deutsche wie jede andere Wirtschaft, ist klar: Sie vegetieren in Abschiebeknästen, werden abgeschoben, ermordet, oder landen im Knast, wenn es ihnen nicht gelingt, den als offene Arme präsentierten Fängen den Staates durch ein Leben in der Illegalität zu entgehen.

Versuchen wir, Verbindungen zu knüpfen, nicht aus Mitleid und Gutmenschentum, sondern aus dem geteilten Verlangen heraus, dem, was uns zur Flucht treibt, einsperrt und fremdbestimmt, ein Ende zu bereiten!

PS: Wer von Medien oder Politik was anderes erwartet hat oder irgendwas erwartet, dem ist eh nicht zu helfen!



Für wen ist Migration ein Problem? [Anarchistisches Flugblatt]

gefunden auf: *linksunten.indymedia.org*

Folgender Text wurde als Flugblatt in den letzten Tagen und Wochen auf den Straßen Düsseldorfs verteilt, fand sich in Briefkästen, beim Büdchen oder in der Kneipe.

Für wen ist Migration ein Problem?

Der Staat und das Kapital stehen vor einem neuen, alten Problem: dem der unkontrollierten und massenhaften Migration. Für die Macht, die alles dafür tut den sozialen Frieden zu erhalten – und alles ist dabei wörtlich gemeint, schaut man nur auf die Millionen von Menschen die vor den Grenzen krepieren, in den Knästen dahinvegetieren, auf den Straßen verelenden,… -, stellt es eine potenzielle Gefahr dar, wenn Menschen in Massen umherziehen. Der soziale Frieden ist immer der einwandfreie Verlauf des Wirtschaftsmarktes und Staatsapparates. Darum ist Migration für die Herrschaft nur nützlich, wenn sie für den Arbeitsmarkt brauchbar und kontrolliert ist. Der soziale Frieden sieht sich durch die massenhafte und unkontrollierte Migration bedroht, da die Institutionen kollabieren und die Grenzen ihre Funktion nicht mehr zu Genüge erfüllen, kurz: die Herrschenden die Kontrolle über die Lage verlieren.

Es gibt viele Gründe für Migration. Die Frage welche Gründe legitim sind, überlassen wir den Helfern der Macht (den Politikern, Wissenschaftlern, „Flüchtlingsexperten“ und wie sie alle heißen), sie interessiert uns nicht, denn für uns als Anarchisten und Anarchistinnen – als Feinde jeglicher Macht – ist es egal warum Menschen flüchten, denn Migration ist immer berechtigt! Es ist uns z.B. egal, ob Menschen auf Grund von militärischen Kriegen flüchten, die dieses System der Ausbeutung und Herrschaft andauernd produzieren, oder weil sie für das Kapital „überflüssig“ wurden (ihre Arbeitskraft vom Markt nicht mehr benötigt wird), und statt auf den Straßen zu verelenden, auf die Suche nach was Neuem gehen – emigrieren.

Migration an sich ist kein Problem, sondern ist ein Problem für die Macht, wenn sie unkontrolliert ist. Die spontanen und selbstorganisierten Momente die gerade entstehen, wenn Flüchtlinge hier ankommen, versucht der Staat zu verdrängen oder kontrollierbar zu machen, z.B. dadurch, dass die Versorgung der Flüchtlinge von der Bundeswehr und „humanen“ Organisationen übernommen wird, die freiwilligen Helfer sich registrieren lassen müssen, Flüchtlinge in Lager gesperrt werden,… Unkontrollierte Migration als Problem drängt sich allen Feinden der Freiheit auf, all jenen, die eine Interesse daran haben, dass eine Herrschaft erhalten bleibt, von den Politkern aller Couleur über die Bosse und die braven Bürger, zu den Nazis. Sie alle unterscheiden sich nur in der Art wie sie versuchen das „Problem“ der (unkontrollierten) Migration zu lösen, bzw. zu verwalten.

Die Migration ist ein vom Staat und Kapital selbst-erschaffenes und selbst-deklariertes Problem. Jeder Versuch einer Lösung des Problems kommt dem Erhalt der Ausbeutung und Herrschaft zugute. Wenn wir keine Lösung für das Problem der (unkontrollierten) Migration vorschlagen, dann ist es, weil für uns Migration kein Problem ist. Folglich sind für uns auch alle Fragen, die mit der Lösung des Problems Migration zu tun haben, falsch. Uns interessiert nur die soziale Frage, und die einzige Antwort auf diese lautet: soziale Revolution, die Zerstörung der Macht, die Zerstörung jeglicher Herrschaft und Ausbeutung. Unser Vorschlag ist daher für alle, die diese Welt der Einsperrung, Ausbeutung und Herrschaft bekämpfen möchten: ***Sozialer Krieg! Angriff, Revolte und Aufstand gegen die Herrschaft, ihre Diener, Wächter und Mauern.***

Was passiert nach der Demo?

Folgendes Flugblatt wurde auf einer Demonstration mit dem bezeichnenden Titel „Für eine menschlichere Asylpolitik“ verteilt, die am 3. Oktober in Wien stattfand und an der sich rund 80.000 Personen beteiligten...

Was muss deiner Meinung nach passieren?
Dass die Politik besser mit Flüchtlingen umgeht? Dass Flüchtlinge zumindest genug Essen und eine würdige Unterkunft haben sollen? Das sind alles Forderungen, die uns nicht weit genug gehen. Eigentlich haben wir es satt, überhaupt Forderungen zu stellen.* Wir nehmen Dinge lieber selbst in die Hand bzw. übernehmen lieber selbst Verantwortung für unsere Leben.

Derzeit beobachten wir, dass bei all der Hilfsbereitschaft – und dem Fremdenhass auf der anderen Seite – wenig thematisiert wird, was eigentlich hinter der sog. „Flüchtlingsproblematik“ steht.

Wir wollen hier klar stellen, dass an der Militarisierung in und den Waffenlierferungen nach (z.B.) Syrien auch österreichische Firmen hübsch verdient haben und jetzt an der Überwachung und Kontrolle der Grenzen profitieren. Ebenso wurden die Regimes in den Herkunftsregionen massiv von der EU unterstützt, um ihre machtpolitischen Interessen auszuüben und den Zugang zu billigen Ressourcen und Land sicherzustellen.

Und genau das passiert auch momentan, wenn der Westen in Assad, dem Diktator von „gestern“, jetzt den Bündnispartner zur Sicherstellung eben dieser Interessen sieht. Als seit 2011 das Assad-Regime „sein“ eigenes Volk blutig unterdrückte, hat das den Westen immerhin nicht interessiert.

Die „Barmherzigkeit“ die sich die Regierenden jetzt so oft auf ihre Fahnen schreiben widert uns daher mehr als nur an. Kein geflüchteter Mensch ist der EU oder den herrschenden Eliten zur „Dankbarkeit“ verpflichtet! Im Gegenteil, die „Flüchtlingsproblematik“ ist in vielerlei Hinsicht hausgemacht – und es gab und gibt Akteure, die von den offensichtlich (da jetzt auch in der EU sichtbaren) menschenunwürdigen Bedingungen profitiert haben und profitieren.

Wir wollen ein Leben ohne Grenzen, Nationen und Militär, ohne Herrschende und Beherrschte!
Du magst aber jetzt sagen: Aber ohne Grenzen und Nationen geht „es“ doch auch nicht!
Dann fragen wir zurück: Was ist „es“? Unsere Normalität, ein System, das auf der Ausbeutung von Menschen, Tieren und der Natur aufbaut und selbständige, zur Masse gemachte Individuen, die brav arbeiten und konsumieren, braucht? Dass in seiner Logik der Grenzen, Einsperrung und Kontrolle jegliches selbstbestimmtes Leben unterdrücken will? Wo die wenigen „Freiheiten“, die bleiben, Konsum und Massenmedien sind? Ja, dann geben wir dir recht. „Es“, genau dieses System, würde ohne Grenzen, Nationen und „Sicherheit“ in Form von Polizei und Militär, die im Konfliktfall die Interessen der Herrschenden durchsetzen, nicht funktionieren.

Wir wollen ein Ende der herrschenden Verhältnisse. Jener Verhältnisse, die durch ihre Grenzen(-mentalität), ihre strukturellen und offenen Rassismus, durch Kriminalisierung von (z.B.) Flüchtlingen und Profitstreben uns von einem Leben abhalten, das auf Solidarität, gelebter Verantwortung und Selbstbestimmung beruht.

Und um dieses Leben Realität werden zu lassen bringt uns sicher auch die anstehende „Wien Wahl“ keinen Schritt weiter. Im Gegenteil unterstützt die Politik nur dabei, dass Individuen „ihre Stimme abgeben“, anstatt Verantwortung für ihre eigenen Leben und das ihrer Mitmenschen zu übernehmen.

Viele Menschen, die in den letzten Monaten Hilfe selbst organisiert haben, zeigen, dass wir im Notfall nicht auf Regierungen (auch SPÖ und Grüne sind für Abschiebungen, Kontrolle und Grenzen) verlassen können, sondern nur auf uns selbst.

Nach der Demo hast du das Gefühl, was bewegt zu haben? Willst du weiterhin auf die Politik hoffen?
Wir wollen stattdessen selbst und mit anderen eigene Strukturen aufzubauen, um Hilfe und Widerstand selbst zu organisieren!
Lasst uns unser Verlangen nach Freiheit nicht vergessen!

Für ein grenzenloses Leben. Einige Anarchist*innen.

*zur Intention dieses Flyers:
Wir wollen NICHT für Flüchtlinge sprechen oder diesen ihre Taktiken absprechen. Dieser Flyer richtet sich an Menschen ohne Fluchthintergrund (sonst wäre er nicht nur deutschsprachig). Auch finden wir es widerlich, wenn das „Flüchtlingsthema“ für das Anwerben für Organisation/Partei (wie hier zuhauf zu finden!) etc. instrumentalisiert wird.

Gegen die Grenzen unseres Lebens – Den Zug der Freiheit in Bewegung setzen

Warum es keine Lösung der Geflücheten“-krise“ im bestehenden System gibt

Dieser Text wurde im Oktober auf linksunten.indymedia.org veröffentlicht, ihr könnt ihn auch als Broschüre zum downloaden und/oder ausdrucken auf anarchistischebibliothek.org finden!

1. Einleitung: Gewalt und Solidarität

Während der letzten Monate wurden wir mit einer Welle von rassistischen Angriffen und Anschlägen in Deutschland konfrontiert. Diese Entwicklung war angesichts der rassistischen Hetze durch Medien und Politiker*innen, sowie den bei vielen Menschen verbreiteten rassistischen Einstellungen, leider absehbar.

An den Grenzen werden währenddessen immer mehr Menschen mit Gewalt aufgehalten und diese Gewalt, die zur Abschottung Europas nötig ist, wächst jeden Tag. Neben dem Terror der Staaten und Nazis/ Faschist*innen gibt es auch eine ungemeine Solidarität. Antifaschist*innen stellen sich vor Geflüchtetenlager, veranstalten Demos, Tausende fahren spontan an Bahnhöfe und organisieren eigenständig

die Hilfe für Ankommende. Doch das wird in Zukunft nicht ausreichen…

2. Exkurs: Rassismus und Gewalt: Ausdruck der Gesellschaft

Jede*r von uns erlebt täglich unsere eigene Abwertung. Ob in der Schule, im Beruf, an der Uni, im Supermarkt, in der Familie, … uns wird vor allem eines gezeigt: Wir müssen uns unterwerfen und unsere Bedürfnisse spielen gegenüber den Regeln dieser Gesellschaft keine Rolle. Wir lernen Tag ein Tag aus gehorsam zu sein: Gegenüber unseren Lehrer*innen, unseren Eltern, unseren Vorgesetzten, unseren Dozent*innen, der Polizei, der Regierung, dem Staat, der Wirtschaft, …

Wenn wir uns nicht unterwerfen und manchmal auch wenn wir es tun, erleben wir Gewalt. Gewalt ist das wichtigste Mittel, um unsere gesellschaftliches Ordnung zu erhalten. Wer ein Haus besetzt, um es als soziales Zentrum zu nutzen, wird mit Gewalt geräumt. Wer aus einen Supermarkt Sachen mitnimmt, um sie an Geflüchtete zu verteilen, wird mit Gewalt aufgehalten und anzeigt. Wer sich weigert in Schule zu gehen wird von der Polizei abgeholt und dort zu Not mit Gewalt hingebracht. Wer sich Nazis entgegengestellt wird von der Polizei verprügelt oder bekommt Pfefferspray ab. Wer zu oft gegen die Gewalt dieser Gesellschaft Widerstand leistet wird eingesperrt, wieder mit Gewalt. Unzählige Menschen auf der Welt erfahren auch Gewalt ohne, dass sie ungehorsam sind: Krieg, Übergriffe durch Menschenfeind*innen jeder Art, Schläge in de Familie,Vergewaltigungen in der Familie/ Partner*innenschaft oder durch Unbekannte und unzähliges mehr.

Wir haben den Gehorsam und die Regeln dieser Welt so sehr verinnerlicht, dass wir sie gar nicht mehr hinterfragen. Ein Welt ohne Grenzen, Umweltzerstörung, Staaten, die Polizei und ihre Gewalt, Kriege, … scheint unmöglich. Wir sind überzeugt, dass es nur so sein kann wie jetzt, deshalb suchen wir nur Lösungen innerhalb der Regeln des Systems:

3. Lösungsversuche

Die faschistische Lösung – „Deutschland den Deutschen"
Die faschistische Lösung ist alle Menschen, die nicht der eigenen „Rasse" oder Nationalität angehören, zu vertreiben oder/ und zu vernichten. Es wird versucht durch Gewalt die Situation so unerträglich zu machen, dass Menschen Orte und Länder verlassen. Wer bleibt wird in Lager gesteckt/ umgebracht. Die Gewalt der Faschist*innen hat auch noch einen anderen Zweck: Sie soll den Teil der Bevölkerung auf ihre Seite ziehen, der enttäuscht ist vom „unserer Gesellschaftsordnung", den Menschen das Gefühl geben das jemand etwas gegen die „Gutmenschen" und „die da Oben" tut. Auch soll sie dazu animieren selber zu handeln und z. B. Geflüchtetenlager anzuzünden. Und gleichzeitig wird Druck auf die Politik ausgeübt repressiver gegen Geflüchtete vorzugehen.

Die Lösung der bürgerlichen, konservativen Mitte -„Das Boot ist voll"

Die Lösung der bürgerlichen Mitte schließt sich der faschistischen Lösung an. Zwar geht es hier nicht um die Überlegenheit der eigenen Rasse, aber um „Gerechtigkeit" für die eigene Nation. Das „eigene Land" können nicht noch mehr Menschen aufnehmen. Es wäre „ungerecht", dass Deutschland noch weitere Menschen aufnehmen müsse während andere Länder nichts tun würden. Die konservativen Haltungen sind anschlussfähig an die Hetze der Faschist*innen. Konservative zünden nicht unbedingt (immer) die Wohnstätten von Geflüchteten an, aber sie geben dem rassistischen Mob durch ihre Hetze geistigen Brennstoff. Der Terror auf der Straße wird genutzt, um eine Verschärfung der bestehenden Gesetzte gegenüber Geflüchteten zu rechtfertigen. Das „eigene Land" soll als Fluchtziel möglichst unattraktiv werden. Konservative unterscheiden auch zwischen „Kriegsflüchtigen" und Wirtschaftflüchtlingen", erstere hätten „echte" Gründe zur Flucht, die anderen würden „das Asylrecht nur missbrauchen".

Die sozialdemokratische* und linksliberale Lösung – Menschen als verwertbare „Arbeitskräfte"
Dem konservativen Argument, dass „Deutschland" nicht mehr Menschen aufnehmen können, weil es an den Rand seiner Ressourcen gerate entgegen Sozialdemokrat*innen und Linksliberale es herrsche „Fachkräftemangel" und die Gesellschaft würde zu alt (Stichwort: Demografischer Wandel). Sozialdemokrat*innen und Linksliberale stellen dabei nicht in Frage, dass Menschen als Arbeitskräfte für eine ausbeuterische Wirtschaft genutzt werden, sondern wollen die anderen Nationalist*innen mit dem Argument überzeugen, dass Deutschland von den neuen Menschen profitiert. Die spontanen Hilfsaktionen für Geflüchtete werden dementsprechend umgedeutet: „Deutschland zeige sein wahres Gesicht" und „Deutschland sei bunt nicht braun". Dass sich nicht alle Menschen in Deutschland rassistisch Verhalten, sehen sie als Grund „wieder Stolz auf Deutschland zu sein" – alles andere sei „Dunkeldeutschland".

4. Die radikale Lösung – für die eigene Freiheit kämpfen

Wir halten das System und Grenzen aufrecht
Durch unseren Gehorsam und unser Schweigen erhalten wir jeden Tag das bestehende System. Unsere Jobs lassen die kapitalistische Wirtschaft weiterlaufen. In den Schulen und Universitäten werden wir ausgebildet, um später für Unternehmen oder den Staat zu arbeiten. Um unsere Probleme „zu lösen" reden wir nicht miteinander, sondern rufen die Polizei. Wir lassen zu, dass wir beobachtet und erfasst werden. Regelmäßig gehen wir zur Wahl und geben so einen Vorwand, um weiter regiert zu werden. Wir sind die Rädchen im Getriebe, die das Ganze am laufen halten.
Herrschaft eine Bedrohung für uns alle

Gleichzeitig arbeiten wir an unserer eigenen Zerstörung mit. Die kapitalistische Wirtschaft vernichtet durch Umweltzerstörung unsere Lebensgrundlagen und vergiftet uns. Staaten führen Krieg und Hetzen uns gegeneinander auf. Sie bestimmen darüber, wohin wir uns bewegen können und welche Rechte wir haben. Die Polizei greift alle an, die eine bessere Welt schaffen wollen und dabei die Regeln des Bestehenden brechen.

Es geht um unser Leben – unsere Freiheit
Genauso wie den Menschen, die versuchen nach Europa/ Deutschland zu kommen, ihre Bewegungsfreiheit genommen wird, wird auch uns die Freiheit genommen. Die Freiheit selber über unser Leben zu bestimmen. Wenn wir den Institutionen und Verhaltensweisen Widerstand entgegensetzen, die uns unterdrücken, dann können wir uns selber befreien und gleichzeitig etwas für die Freiheit anderer tun. Wenn es keine Lohnarbeit mehr gebe, müssten wir nicht mehr unzählige Stunden arbeiten nur damit einige wenige davon profitieren, sondern hätten mehr Zeit für menschliche Beziehungen, Kultur, Kunst, Bildung, Sport… Wenn es keine Bürokratien mehr gebe, müssten wir nicht mehr endlose Formulare ausfüllen, um etwas zu bekommen. Wenn es keine Gesetzte mehr gebe, könnten Menschen in ihrem Zusammenleben individuelle Regeln vereinbaren, die den Bedürfnissen der Beteiligten entsprechen. Wenn es keine Grenzen und Staaten mehr gebe, könnten wir überall hinreisen ohne Angst vor Krieg oder Verhaftung.

Ohne Herrschaft wäre jedes Individuum und ihre*seine Bedürfnisse das einzig Bedeutsame. Wir müssten unsere Bedürfnisse nicht mehr unterdrücken, weil die von irgendjemand anderen als wichtiger gelten.

5. Jetzt handeln: gegen die Herrschaft

Wir müssen jetzt handeln. Wir erleben gerade eine Welle von Nationalismus, Rassismus und Wachstum faschistischer Bewegungen, die extrem bedrohlich ist. Weltweit sind Millionen Menschen auf de Flucht. Und es werden noch mehr werden. Es wird in Zukunft nämlich noch mehr und stärkere Umweltzerstörung, Kriege und soziale Kürzungen geben. Es ist Zeit den Ursachen ein Ende zu setzen, ansonsten werden sie auch das Leben hier irgendwann zerstören. In den Akten der Solidarität gegen über Geflüchteten gibt es ein Schimmer von dem wie eine andere Welt aussehen könnte. Lasst uns diese Solidarität zu einem Teil unseres Alltages machen und zu einer Kraft die Grenzen unseres Lebens zu Fall zu bringt.
Lasst uns alles verändern! Jetzt.

Neuigkeiten vom Kampf im Hambacher Forst



ABC Gruppe im Rheinland!

Wir sind eine Gruppe von Menschen, die im Umfeld der Waldbesetzung im Hambacher Forst aktiv ist. Im Zuge dieses Projekt wurde Gefangenenunterstützung immer wieder zu einem wichtigen Teil unserer Politik. Im Oktober 2015 haben wir deshalb beschlossen, uns als ABC Rheinland zu gründen, um gemeinsam längerfristig arbeiten zu können.

Unser Fokus gilt der Unterstützung von Gefangenen der Anti-Braunkohle-Bewegung und aller, die sich mit den Kämpfen im Hambacher Forst verbunden fühlen. Daneben wollen wir aber auch andere Gefangene im Rheinland unterstützen, wenn es erwünscht ist. Unsere Solidarität gilt allen Menschen hinter Gittern, weltweit!

Knäste zu Baulücken!

ABC Rheinland

abcrhineland.blackblogs.org

Die T(h)ree

Seit Oktober sitzen 3 Aktivist_innen der Waldbesetzung in Untersuchungshaft in Aachen und Köln. Wir möchten hier Informationen für alle Interessierten geben und zu Solidarität aufrufen.
Alle Gefangenen haben von ihren (offensichtlich) gewaltsamen Festnahmen mittelschwere Verletzungen davongetragen. Wie genau das abgelaufen ist und ob die Verletzungen von Bullen oder Securities zugefügt wurden, darüber können wir nur spekulieren.
Bei allen Gefangenen ist die Dauer der U-Haft nicht absehbar, unsere Anwält_innen gehen davon aus, dass sie längstens 2-3 Monate dauern könnte. Besuche und Briefe werden nach Gerichtsanweisung überwacht werden. Anklagen gibt es in allen Fällen noch nicht, sodass der Verhandlungstag (der hoffentlich das Ende der Haft bedeuten würde) noch nicht absehbar ist.

Briefe an die T(h)ree

Ihr könnt den T(h)ree Briefe schreiben! Post ist oft der einzige Kontakt zur Außenwelt für die Gefangenen, und deshalb sehr wichtig! Die Adressen findet ihr untenstehend. Was ihr schreibt, ist euch überlassen - wer den ganzen Tag in der Zelle sitzt, ist froh über jedes Wort. Was ihr heute gemacht habt, was gerade in der Welt passiert... lasst eurer Phantasie freien Lauf! Ihr könnt auch eine Mail an uns schreiben (abc-rineland@riseup.net), wir werden sie dann drucken und einschicken.

Mr. Blue:
Herr Unbekannt Unbekannt
1425/15/8
Krefelderstraße 251
52070 Aachen

Florian:
Florian Wilschke
Rochusstraße 350
50827 Köln

Marte:
Gefangenen-Buch Nummer 4640/15/0
Rochusstraße 350
50827 Köln

Folgende Bücher könnt ihr über ABC Wien beziehen:



Alfredo M. Bonanno: Eingeschlossen. Gedanken über das Gefängnis
Konterband Editionen

Das Gefängnis ist die tragende Struktur der Gesellschaft, in der wir leben. Eine fortschrittliche, erzieherische, permissive Gesellschaft, die sich fern von der Barbarei und vom Schrecken glaubt, diese selbe Gesellschaft hat das Gefängins vor der Tür. Die reine Existenz eines Ortes, an dem Menschen in stähleren Käfigen eingesperrt gehalten werden, unter der Aufsicht von anderen, die einen Schlüssel in der Hand halten, ist das höchste Zeichen der Schändlichkeit. Nichts kann das Gefängnis verändern. Die einzige Möglichkeit, das Gefängnis anzugehen, besteht darin, es zu zerstören. Es zu zerstören, ohne dass ein Stein davon auf dem anderen bleibt.



Pierleone Porcu: Reise ins Auge des Sturms
Konterband Editionen

Von den Lebensbedingungen in der post-industriellen Metropole bis zur Kritik an der Technologie und am ökologischen Mythos. Das Ganze durchquert von einer Analyse des Anarchismus von der politischen Sicht auf den sozialen Kampf bis zum aufständischen Projekt. Erstmals wird hier ein Entwurf einer historischen Rekonstruktion der Entwicklung der insurrektionalistischen Position innerhalb der anarchistischen Bewegung versucht.



Warum wir eure Nächte in Brand stecken... Kommunikees griechischer Nihilisten (Verschwörung der Feuerzellen)

In diesem Buch sind einige Schreiben einer der anfangs erwähnten Gruppierungen dokumentiert. Es handelt sich um die Verschwörung der Feuerzellen. Dieses informelle Netzwerk hat beschlossen, einen einheitlichen Namen zu benutzen und längere Kommunikees zu schreiben. Mittlerweile hocken viele der Mitglieder der 'ersten Generation' im Knast. Die Texte enthalten, bei all dem den gewählten Mitteln geschuldeten Pathos, sicher einiges von Interesse.



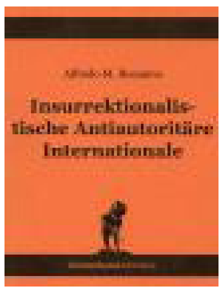
Ob mit Dolch, Feile oder Revolver. Textsammlung zu Luigi Lucheni
Roofdruk Edities & Unruhen Publikationen

Ob mit Dolch, Feile oder Revolver. Textsammlung zur Ermordung der Kaiserin Sissi durch den Anarchisten Luigi Lucheni. Die Publikation enthält die Verhörprotokolle, einige Briefe von und an Luigi Lucheni, sowie vier Texte des italienischen Anarchisten Giuseppe Ciancabilla, der die Tat Luchenis in seinen Zeitschriften öffentlich verteidigte.



Alfredo M. Bonanno: Neue Wenden des Kapitalismus
Konterband Editionen

Am 17. September 1996 werden in Italien dutzende Anarchisten verhaftet, es beginnt das „Marini-Konstrukt", eingehüllt in eine grundlegende Anklage: jene von bewaffneter Bande, genannt ORAI. Ein Kürzel, das einem Absatz des vorliegenden Büchleins entnommen wurde: Organizzazione Rivolutionaria Anarchica Insurrezionale. Wie der nüchterne Leser feststellen wird, findet sich in diesen Texten keine Theorie über irgendeine „bewaffnete Bande", sondern handeln sie von einer Analyse der laufenden kapitalistischen Restrukturierung und von den aufständischen Kampfformen, wofür die Anarchisten sich einsetzen.



Alfredo M. Bonanno: Insurrektionalistische antiautoritäre Internationale
Konterband Editionen

Der Gedanke an eine Reihe von stabilen Beziehungen unter Gefährten im Mittelmeerraum, als wesentlicher Kern, um in Richtung von einer möglichen künftigen größeren Ausdehnung auszugehen, war ein seit langen Jahren gehegter Traum. Nicht irgendein organisatorischer Fetisch, irgendein kräftiges und hochtrabendes Sigel, sondern etwas Konkretes, Reales, fähig, über die formellen, oder, wenn man es bevorzugt, Fahnen-Aspekte hinaus zu gehen. Das Projekt der Insurrektionalistischen Antiautoritären Internationalen ist in diesem Buch ausreichend umrissen, ihr möglicher Entwicklungsweg bleibt noch gänzlich zu erdenken.



Os Cangaceiros: Ein Verbrechen namens Freiheit
Cumbula Velifera & Unruhen Publikationen

Unser Programm ist sehr alt: ohne tote Zeit zu leben. […]
In unserem Zeitalter gelten die Menschen, die revolutionäre Ansprüche erheben, als Träumer. Aber der Mensch ist aus dem gleichen Stoff gemacht wie seine Träume. Wir sind Revolutionäre. Os Cangaceiros bedeutet: „Alles ist möglich", „Wir befinden uns im Krieg", „Nichts ist wahr, alles ist erlaubt".

Os Cangaceiros war eine unkontrollierbare Bande von sozialen Rebellen, die verheerenden Schaden am französischen Staat anrichteten, indem sie die Infrastruktur der Unterdrückung angriffen, weit verbreitete Revolten unterstützten, geheime Pläne von hochmodernen Gefängnissen stahlen und veröffentlichten, Büros von Firmenkollaborateuren überfielen und ihre Leben in absolutem Widerspruch zur auf der Arbeit basierenden Welt lebten.



Alfredo M. Bonanno: Wie ein Dieb in der Nacht
Konterband Editionen

Dieses Büchlein entsteht aus einem Widerspruch. Ich glaube nicht, dass es möglich ist, direkt vom Anarchismus zu sprechen. Nicht von seiner tiefen Essenz, seiner erschütternden und beunruhigenden Botschaft, sondern schlicht von seinen Grundlinien, die am direktesten aus Praxis und Theorie entnehmbar sind. Und doch nahm ich es an. Aber während ich sprach, merkte ich, dass ich nicht dabei war, über den Gegenstand zu sprechen, sondern schlicht meine Gedanken, meine Erfahrungen, meine Liebschaften und meine Enttäuschungen, meinem Leben in Bezug auf mein Anarchist-Sein freien Lauf liess. Nur, dass ich diese persönlichen Beweggründe in eine historische, philosophische und sogar projektuelle Analyse kleidete.



A Corps Perdu – Ausgabe 3

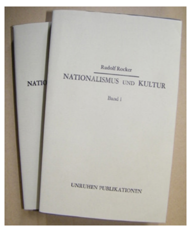
Die dritte und letzte Ausgabe der anarchistischen Zeitschrift A Corps Perdu ist soeben auf Deutsch erschienen, hier ein kurzer Einblick in den Inhalt

* Ja, aber…
* Im Zentrum des Vulkans
* Treibsand des Nichts
* Dossier: Insurrektion
* Vierzehn Punkte über die Insurrektion
* Die flammende Revolte vom November 2005 in Frankreich und die insurrektionelle Hypothese
* Rebellisches Griechenland: - Die Pfade der Revolte vom Dezember 2008 – Reise ins Herz der Möglichkeiten
* Argentinien & Bolivien: Volksauflehnung und -widersprüche
* Deplatzierter Kommentar: Der kommende Aufstand



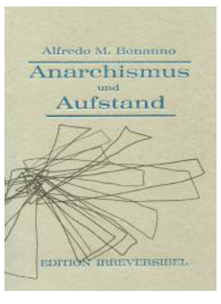
Criosso/Odote: Barbaren – Unordentlicher Aufruf
Amplexus Publikationen

Negri und Hardt sind, wie es Crisso und Odoteo schon ausdrücken, Abgesandte einer Ideologie. Barbaren zeigt ihre Denk- und Handlungsweisen auf, ihre und die anderer ähnlich argumentierender Ideologen. Dazu gibt das Buch ein wenig Aufschluss und von da ist es leichter, den Formen der Politik und des Aktivismus bzw. des politischen Aktivismus zu entgehen und diese anzugreifen. Ein Wert dieses Buches ist es, jenen Ansporn und Anstoß zu Ideen zu geben, die es satt haben, sich an Prozessionen neuer, post-industrieller Kirchen zu beteiligen, die nichts anderes tun, als den demokratisch-fortschrittlichen Prozess zu untermauern, und dies es satt haben, Manieren und Sittlichkeit zu beweisen. Im speziellen, wenn die dafür notwendige Moral, von den eigenen Genossen geliefert wird. Eine Moral, die ständig von sozialer Kontrolle begleitet wird. Um eine Ethik für uns zu finden, müssen wir uns jenseits der linken Moral begeben.
Dies im Auge behaltend, machen wir uns also auf: zur Erschaffung von Projekten im Dienste des Angriffs und der Zerstörung.



Rudolf Rocker: Nationalismus und Kultur (Band I+II)
Unruhen Publikationen

„Nationalismus und Kultur ist ein großes Werk, das sehr harmonisch strukturiert ist und sich in den zwei Bänden, aus denen es besteht, mit der Geschichte der Macht und der Ausbeutung auseinandersetzt. Aufgrund der Breite der Recherche, der Gesamtheit der historischen und philosophischen Mittel, die benutzt werden, als auch der konsequenten Untersuchung und der Originalität der gezogenen Schlüsse ist Nationalismus und Kultur einer der wichtigsten Beiträge zum Aufbau eines revolutionären Gedankens, daher also kritisch, sowie es im gleichen Augenblick diese Kritik in die Wirklichkeit umsetzt. Ein Gedanke, der sich selbst zur Fähigkeit ermächtigt, den wesentlichen Charakteristiken der Macht entgegenzutreten und diese zu verweigern, selbst wenn sie sich hinter den Symbolen der scheinbaren Freiheit bürgerlicher Couleur verbirgt. Nationalismus und Kultur ist eines der bedeutendsten Werke der deutschen Philosophie, das vom Kontrast gekennzeichnet ist, der vom Anfang des 19ten Jahrhunderts an das gesamte philosophische Denken dieses Volkes prägt."



Alfredo M. Bonanno: Anarchismus und Aufstand
Edition Irreversibel

… Aber dieses Buch ist nichts für die Gemüter, die sich beruhigen wollen. Auch nichts für jene, die diese Beruhigung in irgendwelchen Modellen und Rezepten suchen. Es richtet sich an jene, die auf der Suche nach Wegen, das revolutionäre Projekt der Anarchisten voranzutreiben, vor keiner Frage zurückzuschrecken und sich von der beunruhigenden Potenzialität, die sich hierin birgt, vielmehr dazu ermutigen lassen, die dringend nötige Arbeit von theoretischer Vertiefung und von praktischer Realisierung in Angriff zu nehmen.

Wenn ihr an dem einen oder anderen Buch interessiert seid, dann kommt zu einer unserer Veranstaltungen, oder kontaktiert uns unter abcwien@riseup.net.

Kontakt:
ABC Wien
Postfach 173, 1100 Wien
abcwien@riseup.net
http://www.abc-wien.net/